



Regierungsratsbeschluss vom 18. Januar 2022

Schriftliche Anfrage Oliver Bolliger betreffend Angebot und Höhe der Integrationszulage in Freiwilligenangeboten

P215715

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Freiwillige Tätigkeiten, welche einen Anspruch auf Integrationszulagen generieren, bringen nicht dieselben Verpflichtungen mit sich wie eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt. Es ist daher sinnvoll, dass der Freibetrag für Tätigkeiten im ersten Arbeitsmarkt (mit 1/3 des Nettoeinkommens und höchstens 400 Franken) höher angesetzt ist als die Integrationszulage (mit 100 Franken). Ausserdem will der Regierungsrat die Schwelleneffekte bei Sozialleistungen, die u.a. im Zusammenspiel mit der Sozialhilfe zu Armutsfallen führen können, möglichst vermeiden.

